



46. Sitzung

6 Keine Windräder im Wald – Landesregierung muss Kritik von Bürgern und Naturschutzverbänden ernst nehmen

Antrag

der Fraktion der FDP

Drucksache 16/4446

Ich eröffne die Aussprache und erteile für die FDP-Fraktion dem Herrn Kollegen Busen das Wort.

Karlheinz Busen (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Wälder unseres Landes sind unser wertvolles Naturerbe, das wir erhalten und schützen müssen. Sie sind Orte der Erholung, des Naturerlebens, der Ruhe und Besinnung. Der Wald ist Lebensraum gefährdeter Tier- und Pflanzenarten. Sein Erhalt ist für das Klima, die Luftreinheit und den Wasserhaushalt, die Bodenfruchtbarkeit und das Landschaftsbild äußerst wichtig.

(Beifall von der FDP)

Diese Sätze stammen nicht von mir, sondern von Ihnen, Herr Minister Remmel. Sie stammen aus der Präambel Ihrer Broschüre „Wald in NRW – Unser wertvolles Naturerbe“.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Wo er recht hat, hat er recht!)

Zwar haben Sie die Präambel unterschrieben; ob Sie die Broschüre gelesen haben, weiß ich nicht. Wie sonst ist es zu erklären, dass Sie genau diese Funktionen des Waldes durch einen massiven Ausbau der Windenergie im Wald gefährden?

(Beifall von der FDP – Minister Johannes Remmel: Der weiß vor lauter Bäumen nicht, wie ein Wald aussieht!)

Wie soll der Wald in Zukunft Ruhe und Besinnung für die Menschen bieten, wenn er in Zukunft mit dem bekannten, nervtötenden Sound und Geblinke der Windräder erfüllt ist? Alleine durch die Windräder sterben pro Jahr 160.000 Vögel. Als besonders gefährdet gelten dabei ausgerechnet der Rotmilan und die Fledermäuse. Von fliegenden Säugetieren kommen jährlich 300.000 zu Tode, weil bei ihnen durch den Luftdruck der Windräder die Lungen platzen. Bis zu 10.000 m² Wald fallen einem Monsterwindrad zum Opfer. Für jedes Windrad müssen zusätzlich kreisbreite Straßen und Schneisen in den Forst geschlagen werden.

Ein derart rüdes Vorgehen gegen die Natur schockiert nicht nur mich, sondern auch viele Umweltfreunde.

(Beifall von der FDP – Zuruf von den PIRATEN)

Zudem schreitet die Entwicklung der Energieerzeugung durch neue Technologien rasant voran. Wir wissen heute gar nicht, was in zehn oder 20 Jahren aus den Windrädern wird, wenn es plötzlich neue und wesentlich effektivere Möglichkeiten der Erzeugung gibt.

Der Wald ist dann aber nicht für zehn Jahre gefährdet, sondern wird über Generationen zerstört. Klimaschutz kann und darf nicht das Argument für die Vernichtung des Lebensraums Wald sein.

(Beifall von der FDP)

Also stoppen Sie den Wahnsinn mit den Windrädern in unseren Wäldern! Schaffen Sie keine Fakten, deren Nutzen in keinem Verhältnis zu den Schäden auch für zukünftige Generationen steht! Wenn Sie selbstbestimmte Baumarten wie Nadelbäume angeblich aus Naturschutzgründen nicht mehr im Wald dulden wollen, dann können Sie auch keine 200 m hohen Windmonster aus Stahl und Kunststoff im Wald wollen.

(Beifall von der FDP)

Herr Minister, hören Sie auf die vielen Bürgerinitiativen. Deren berechtigte Kritik wird nicht verstummen, auch wenn die Verbandsspitzen von BUND, NABU und LEE in Nordrhein-Westfalen gestern in einer unsäglichen Pressemitteilung wie bestellte Claqueure rot-grüner Politik versuchen, ein anderes Bild zu zeichnen.

(Beifall von der FDP)

Der LEE ist sicher vieles, aber kein Verband von Natur- und Tierschützern. Und NABU-NRW-Chef und BUND-Chef sollten lieber einmal die Positionspapiere ihrer eigenen Verbände lesen. Dann würde ihnen auffallen, dass die Konflikte zwischen Windkraft im Wald und Natur- und Tierschutz bei Weitem nicht ausgeräumt sind.

(Beifall von der FDP)

Ich lasse mir daher von den Naturschutzverbänden keine Heuchelei unterstellen. Die FDP hat schon immer verantwortungsvolle Umweltpolitik gemacht.

(Beifall von der FDP – Lachen von den PIRATEN)

– Lachen Sie ruhig. – Dazu gehört, zu erkennen, wann eine Idee aus dem Ruder läuft, um entsprechend zu handeln.

Den behutsamen Ausgleich zwischen Windkraft und Ökologie im Wald können wir nicht erreichen. Das zeigt die Praxis. Sie können sich noch drei Jahre länger was in die Tasche lügen, Herr Minister – das Problem bleibt.

(Beifall von der FDP)

Statt Kiefern- und Fichtenmonokulturen mit einem angeblich geringen ökologischen Wert jetzt für die industrielle Windenergieerzeugung freizugeben, sollten verantwortungsvolle Naturschützer diese Gebiete besser ökologisch aufwerten.

Herr Minister Remmel, die Menschen, denen Sie doch angeblich immer so gut zuhören, kämpfen jedenfalls weiter entschlossen gegen den Windwahnsinn im Wald und für den Erhalt ihrer Landschaft und der wertvollen Lebensräume. Die FDP wird die Bürger dabei unterstützen. – Danke.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Eckhard Uhlenberg: Vielen Dank, Herr Kollege Busen. – Für die SPD-Fraktion spricht Herr Kollege Meesters.

Norbert Meesters (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich grüße auch die wenigen Zuschauer auf der Tribüne. Lieber Herr Busen, liebe FDP-Kollegen, Sie sprechen sich mit dem vorliegenden Antrag gegen den Bau von Windrädern im Wald aus und begründen dies – wie wir gerade gehört haben – mit den großen Belastungen für Tiere, Wald, Grundwasser und Menschen. Sie stellen in

Ihrem Antrag die Bedeutung unserer Wälder als Ökosysteme, Lebensraum, Grundlage für Luftreinigung, Wasserhaushalt usw. heraus.

Ich habe mir aufgeschrieben: Darin sind wir uns einig; das können wir grundsätzlich unterschreiben. – Doch nach Ihren kruden Ausführungen, die ich gerade gehört habe, fällt es mir schwer, diese Formulierung jetzt zu wählen.

In den Windrädern, ihrer Aufstellung, dem Betrieb und den Anschlüssen – das haben Sie uns hier gerade wieder vorgeführt – sehen Sie eine große Gefahr für die Wälder, für die darin lebenden Tiere und für die Menschen, die Naherholung suchen. Als Kronzeugen für diese Belastung führen Sie unter anderem den kürzlich veröffentlichten Waldzustandsbericht an.

Bei aller Sympathie für Ihre Sorge um die nordrhein-westfälische Waldlandschaft muss ich leider feststellen, dass Sie hier Dinge miteinander vermischen, die nichts miteinander zu tun haben, und ein Bild zeichnen, das so nun überhaupt nicht stimmt.

Ja, der Waldzustandsbericht hat uns aufgezeigt, dass wir dringend konsequent vorangehen müssen. Nur noch 27 % unserer Bäume sind ohne Schäden. Viele Faktoren belasten den Wald, darunter gerade auch die klimatischen Bedingungen. Das immer trockenere Klima in der Hauptvegetationszeit macht den Bäumen zu schaffen. Dass hier gehandelt werden muss, das ist uns allen klar.

SPD und Grüne haben deswegen beispielhaft mit dem Klimaschutzgesetz einen Weg beschlossen, um dem Klimawandel aktiv zu begegnen und damit auch dem Wald zu helfen. Mehr Unterstützung von den Waldfreunden der FDP wäre dabei schön gewesen!

Was mich an Ihrem Antrag am meisten stört, ist das Zerrbild, das Sie hier zeichnen. Man könnte den Eindruck bekommen, als würde hier wild drauflosgebaut, als würden überall würden Schneisen in den Wald geschlagen, Windräder aus dem Waldboden schießen und Tiere scharenweise aus dem Wald fliehen.

Würde man dies alles so nehmen, wie Sie es schildern, dann müsste man glauben, dass es keine Regeln bzw. Richtlinien gibt, nach denen man vorgehen muss. Das Gegenteil ist der Fall. Der Erlass von 2011 beruht doch gerade auf einer Abwägung zwischen den Interessen des Naturschutzes und den Zielen der Energiewende.

(Vorsitz: Vizepräsident Oliver Keymis)

Es gibt reichlich Lektüre dazu, welcher rechtliche Rahmen hier greift, allen voran natürlich der Leitfaden zu Windenergie im Wald, den das Umweltministerium herausgegeben hat. Darin sind ja klare Regeln enthalten, gerade hinsichtlich der Beeinträchtigung von Natur und Landschaft. So sind beispielsweise FFH- und Vogelschutzgebiete Tabuflächen. Eine Artenschutzprüfung bei Genehmigungsverfahren ist nach Bundesnaturschutzgesetz durchzuführen.

Sie verweisen zudem auf den Flächenverbrauch, den der Bau von Windrädern mit sich bringt. Die in Ihrem Antrag angesprochenen Beeinträchtigungen, die Breite der Schneisen – all das findet sich in der Richtlinie wieder. Man kann den Eindruck gewinnen, dass Sie sich bei der Formulierung inhaltlich genussvoll bedient haben. Es wäre nur schön gewesen, wenn Sie auch die in dem Leitfaden gesammelten Maßnahmen und Regelungsmechanismen zum Schutz von Flora und Fauna ebenso wie zum Schutz des Bodens beachtet hätten.

Ein gutes Beispiel ist auch die Zuwegung, die Sie ansprechen. Dass sich die Landesregierung hierzu Gedanken gemacht hat, lässt sich wiederum sehr gut durch den Leitfaden belegen. Darin heißt es nämlich, dass Windenergieanlagen möglichst dort geplant werden sollen, wo Straßen und befestigte Wege bereits vorhanden sind und die Zuwegung somit keine oder nur geringfügige Wegeneubaumaßnahmen nach sich zieht. – Auch das alles regelt der Erlass.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

Vor allem aber begründen Sie Ihren Antrag mit dem besonders großen Widerstand unter anderem der Naturschutzverbände gegen die Nutzung der Windkraft im Wald. Hier wird es richtig peinlich für Sie.

Ich darf an dieser Stelle mit Erlaubnis des Präsidenten einmal zitieren, was die Naturschutzverbände verlautbart haben. Josef Tumbrinck für den NABU hat gesagt:

„Hier ist die Grundlage für eine gute fachliche Bearbeitung und Beurteilung von Vorhaben gelegt worden.“

Der BUND sagt:

„Es ist amüsant, dass die FDP plötzlich den Naturschutz für sich entdeckt, wenn es darum geht, ihn als Vehikel gegen die Bürger-Energiewende einzusetzen.“

Er setzt noch einen drauf:

„Zu offensichtlich diene er nur dazu, einer am Abgrund stehenden Partei zu mehr Aufmerksamkeit zu verhelfen.“

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN – Zuruf: Bravo!)

Dem ist von mir nichts hinzuzufügen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, eine uneingeschränkte Nutzung des Waldes für Windenergie, wie Sie sie in Ihrem peinlichen Antrag suggerieren, gibt es nicht und wird es nicht geben.

Selbstverständlich stimmen wir der Überweisung in den Ausschuss zu. Ich freue mich auf die Diskussion im Ausschuss und gebe die Hoffnung nicht auf, dass auch Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, in der sachlichen Diskussion so manchen Erkenntnisgewinn für sich verbuchen können. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Meesters. – Nun spricht für die CDU-Fraktion Kollege Fehring.

Hubertus Fehring (CDU): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Kollege Karlheinz Busen, dein Vortrag hat mich doch etwas gewundert, wengleich ich zugeben muss, dass in der Vergangenheit auch das Thema „Windenergieanlagen im Wald“ in unseren Reihen nicht unumstritten war.

Uns eint hier im Haus sicherlich alle die Tatsache, dass wir wissen bzw. spüren, dass die Vorbehalte gegen Standorte im Wald fast nur auf emotional begründeten Argumenten beruhen. Wir sollten uns hier aber von sachlichen Erwägungen leiten lassen.

(Beifall von der CDU, der SPD und den GRÜNEN)

Der Waldanteil in Deutschland beträgt mit über 11 Millionen ha etwa ein Drittel der Fläche der Bundesrepublik. Bei uns in Nordrhein-Westfalen nimmt der Wald mit 871.000 ha ca. 25,5 % der Landesfläche ein.

Die Waldflächen bei der Standortbestimmung generell auszuklammern ist sachlich nicht gerechtfertigt, benachteiligt die Eigentümer von geeigneten Flächen – Eigentümer sind neben Privatpersonen natürlich auch Kommunen und das Land – und verhindert, dass bestens geeignete Standorte genutzt werden können. Das sage ich

nicht nur in Richtung der Antragsteller, sondern auch in Richtung des Umweltministers. Bis auf eine Richtlinie mit empfehlendem Charakter habe ich aus Ihrem Haus bisher wenig Konkretes dazu gesehen, Herr Remmel.

Leider haben die Antragsteller entgegen der bei ihnen sonst bekannten Technologie- und Wirtschaftsfreundlichkeit nur Gegenargumente angeführt und mit Zahlen und Argumenten gearbeitet, die sicherlich nur in ganz wenigen Extremfällen – die von Karlheinz Busen angenommenen Zahlen mag es ja geben – zutreffen. Schade, dass Sie, verehrte FDP-Kollegen, eine solche Argumentationslinie aufgebaut haben, die so gar nicht zu Ihnen passt. Der BUND muss ja fürchten, dass er sein Alleinstellungsmerkmal verliert.

(Heiterkeit von den PIRATEN)

Die in Ihrem Antrag zum Teil detailliert aufgelisteten angeblich das Ökosystem Wald beschädigenden Baumaßnahmen will ich hier und heute nicht bewerten. Dafür gibt es den Fachausschuss. Aber als jemand, dem Windenergieanlagenbaustellen aus eigener Anschauung bekannt sind, überraschen mich Ihre Einlassungen zum Beispiel zum Grundwasser, zum Flächenverbrauch und zur Netzanbindung schon.

Weder wird der von Ihnen angeführte Waldzustandsbericht durch Windenergieanlagen primär beeinflusst, noch wird die Funktion des Waldes grundsätzlich verändert.

Wertvolle Wälder mit alter und artenreicher Flora und Fauna, wie sie zum Beispiel in Kernzonen von Biosphärenreservaten oder Naturschutzgebieten zu finden sind, sowie wichtige Erholungswälder kommen für eine Nutzung durch Windenergie ohnehin nicht infrage.

Es gibt allerdings stark genutzte und ökologisch weniger wertvolle Wälder, die sich aus Naturschutzsicht für einen Ausbau der Windenergie anbieten. So hat ein Kiefern- oder Fichtenmonoforst oft nur einen geringen ökologischen Wert und wäre als Standort für eine Windenergieanlage möglicherweise besser geeignet als ein Standort im offenen Gelände. Der Abstand zu Wohngebäuden, Schall- und Schattenemissionen sind ebenfalls Pro-Wald-Argumente.

Mit der technischen Weiterentwicklung stehen uns heute Anlagen mit ca. 140 bis 150 m Nabenhöhe zur Verfügung, die eine erfolgreiche Stromproduktion und einen weitgehenden Schutz der Vogelwelt gewährleisten. Rot-, Nieder- und Schwarzwild haben ohnehin kein Problem mit einer Windenergieanlage. Das weiß auch der Jäger Karlheinz Busen.

(Heiterkeit)

Ich bin übrigens gespannt, wie Sie, Herr Remmel, mit der Öffnungsklausel für die Länder im Bundesbaugesetz umgehen werden, die es beim Bau von Windenergieanlagen ermöglicht, länderspezifische Regeln über Mindestabstände zur Wohnbebauung festzulegen. Ich denke, da können Sie nicht länger zuschauen und hoffen, keine Entscheidung zwischen Klimaschutz und Umweltschutz treffen zu müssen.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU] und Lutz Lienenkämper [CDU])

Schon am 13. September 2011 hat das Bundesumweltministerium gemeinsam mit dem Deutschen Naturschutzring die Fachtagung „Windenergie im Wald“ durchgeführt. Ziel der Veranstaltung war es seinerzeit, Wege für einen naturverträglichen Ausbau der Windenergie im Wald aufzuzeigen. Es waren Experten von Naturschutzverbänden, ökologischen Gutachterbüros, den bayerischen Staatsforsten, dem Wirtschaftsministerium in Rheinland-Pfalz, Betreiber von Windparkprojekten, Fledermausexperten sowie juristische und Naturschutzexperten vom Bundesverband Windenergie als Referenten eingeladen. An der Veranstaltung nahmen über 100 Fachleute teil. Es herrschte dabei eine große Zustimmung und Übereinstimmung, dass in Zukunft auch Standorte insbesondere in intensiv genutzten Wirtschaftswäldern für die Windenergie naturverträglich erschlossen werden können.

Die CDU-Landtagsfraktion hat in ihrem energiepolitischen Papier ebenfalls festgehalten, dass geeignete Waldflächen nach einer besonderen Prüfung nicht unberücksichtigt bleiben. Die Betonung liegt auch hier auf „besondere Prüfung“. Natürlich wollen wir keinen Freifahrtschein für Windanlagen im Wald ausstellen.

Meine Redezeit geht dem Ende zu.

Für uns ist es in diesem Zusammenhang wichtig, dass die kommunale Planungshoheit gewährleistet bleibt. Den Kommunen sind im Einzelfall städtebaulich begründete Festsetzungen des Schutzes des Landschaftsbildes als Abwägungskriterium zu belassen.

Verehrte Damen und Herren, für mich ist es selbstverständlich, dass die Betroffenen frühzeitig in die Windparkplanung einbezogen werden und am wirtschaftlichen Erfolg zu beteiligen sind.

Es ist Weihnachten, liebe FDP-Kollegen. Ich wünsche mir, dass Sie Ihre Haltung doch noch mal überdenken, und erwarte eine interessante Debatte im Ausschuss.

(Beifall von der CDU, der SPD, den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Fehring. – Für die grüne Fraktion spricht nun Frau Kollegin Brems.

Wibke Brems (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als ich den Antrag gelesen habe, habe ich gedacht: Sie haben wohl gehofft, dass Sie hier heute als Rächer der Enterbten auftreten können. Das Problem ist nur: Niemand fühlt sich enterbt, und niemand möchte gerächt werden.

Sie sagen in Ihrem eigenen Antrag: „Angesichts dieser massiven Eingriffe schlagen anerkannte Naturschutzverbände zu Recht Alarm.“ Sie sind ja selber eben schon darauf eingegangen; Herr Meesters hat auch etwas dazu gesagt. Die Naturschutzverbände in Nordrhein-Westfalen haben klargestellt: Sie haben sie überhaupt nicht gefragt; Sie haben nicht mit ihnen gesprochen. Die Naturschutzverbände stellen Ihnen das Attest aus: Dieser Antrag ist fachlich nicht fundiert.

(Beifall von den GRÜNEN, der SPD und den PIRATEN)

Wenn Sie sich wirklich damit beschäftigt hätten, dann wüssten Sie, dass der Leitfaden zum Artenschutz, den Sie selber erwähnen, und der Leitfaden zur Windkraft im Wald nicht einfach irgendwo in einem Hinterzimmer ausgebrütet wurden. Nein, diese Leitfäden sind in Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden und den entsprechenden Investorenverbänden erarbeitet worden. Genau diese Inhalte können wir sicherlich gemeinsam im Ausschuss erörtern.

Eben haben wir schon ansatzweise gehört – Herr Fehring ist darauf eingegangen –: Wald ist nicht gleich Wald. Monokulturen haben nun einmal einen geringeren ökologischen Wert. In Wäldern, in denen beispielsweise riesengroße Harvester durch die Gegend fahren können, sind Wege schon vorhanden, sind die Eingriffe bereits groß. Da sind genügend Wege für die Erschließung und für Stromtrassen. Solche „Wälder“ können ihren Charakter eigentlich gar nicht mehr verlieren, jedenfalls nicht im positiven Sinne.

Es kommt noch schlimmer. Sie gehen auf einen Aspekt überhaupt nicht ein, den wir vor einigen Jahren immer angesprochen haben: Kyrill beispielsweise hat ganze Baumbestände hinweggefegt. Dort ist offiziell noch Wald. Dieser Sturm hat einige Existenzen aber fast vernichtet. Und Sie als FDP wollen noch nicht mal, dass die betroffenen Waldbauern ihr Überleben mit Windenergie sichern können.

(Zuruf von Dr. Robert Orth [FDP])

Ganz klar, sehr geehrte Damen und Herren: Freifahrtscheine für Windenergieanlagen im Wald gibt es nicht. Herr Fehring hat gesagt, seine Fraktion möchte sie nicht. Es gibt sie in Nordrhein-Westfalen auch nicht. Auch auf diesen Aspekt gehe ich in der Diskussion mit Ihnen im Ausschuss gern noch mal ein.

Ich habe, ehrlich gesagt, das Gefühl, dass die FDP schon weiter war. Jetzt, nach den Wahlen zeigen Sie, dass Sie hinter den Beschlüssen, die Sie auf der Bundesebene zur Energiewende mitgefällt haben, doch nicht stehen. Sie fallen weit dahinter zurück, Sie fallen zurück in eine Kampfrhetorik. Sie haben hier von Windradmonstern gesprochen und Mordsszenarien heraufbeschworen, die den Artenschutz meiner Meinung nach ins Lächerliche ziehen.

Genau das möchte ich hier nicht tun. Ich möchte klar feststellen: Natürlich gibt es Auswirkungen von Windenergieanlagen auf Flora und Fauna. Aber wir müssen das beispielsweise mit fossilen Energien vergleichen: Da haben die erneuerbaren Energien, speziell die Windenergie, deutliche Vorteile. Damit sind weniger Eingriffe in die Natur und weniger schädliche Auswirkungen verbunden.

Da waren gerade die Naturschutzverbände und auch wir bereit, uns auf Kompromisse einzulassen und gemeinsam nach Lösungen zu suchen, bei denen Klimaschutz und Artenschutz miteinander vereinbar sind. Genau diese Wege haben wir gefunden.

Zu guter Letzt, in Ihrem Antrag, liebe FDP, gehen Sie zum Schluss noch mal richtig ins Abstruse und offenbaren damit, worauf Sie eigentlich hinauswollen. Sie stellen es dort nämlich im Grunde genommen so dar, als stünden außerhalb von Nordrhein-Westfalen, erst recht im europäischen Ausland genügend Windenergiestandorte zur Verfügung, nur eben nicht hier. Sie wollen also darauf hinaus, dass Nordrhein-Westfalen nicht weiter das Energieland Nummer eins ist. Denn genau das würde passieren, wenn wir uns davon abbringen ließen und bei der Energiewende nicht dabei wären.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, verschonen Sie uns mit Ihrer Kampfrhetorik und Ihren Robin-Hood-Fantasien! Kommen Sie zurück auf den Boden der Tatsachen! – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Frau Brems. – Für die Piratenfraktion spricht Herr Kollege Schmalenbach.

Kai Schmalenbach (PIRATEN): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kollegen! Liebe Zuschauer! Seit 2011 ist es grundsätzlich wieder möglich, Windkraftanlagen auch in Wäldern zu errichten. Das Verbot aus dem Jahre 2005 wurde aufgehoben. Damit steht prinzipiell auch das bewaldete Viertel der Fläche NRWs für saubere Energieerzeugung zur Verfügung.

Vor dem Hintergrund, dass der Anteil der durch Windkraft erzeugten Energie von derzeit rund 3 % auf 15 % in sieben Jahren steigen soll, ist es dringend erforderlich, sämtliche geeigneten Standorte zu betrachten.

(Beifall von den PIRATEN)

Eine wesentliche Voraussetzung für Windräder in Wäldern ist in der Regel eine Nabenhöhe der Anlagen von mehr als 100 m. Erst ab dieser Höhe sind dort relativ konstante Windströmungen zu erwarten, die die effiziente Nutzung erlauben.

Solche Anlagen überhaupt bauen zu können, ist Folge des technischen Fortschritts. Wir stehen zu diesem Fortschritt, denn gerade die Weiterentwicklung der Anlagen zur Nutzung regenerativer Energieträger ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Energiewende und damit für den Klimaschutz, der auch für unsere Wälder überlebenswichtig ist.

Nun wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, genau diesen Fortschritt aufhalten mit dem Argument, die Wälder schützen zu wollen?

Sie sind auf den Leitfaden „Rahmenbedingungen für Windenergieanlagen auf Waldflächen in Nordrhein-Westfalen“ eingegangen. Ich habe das Ding einmal ausgedruckt und mitgebracht, passend für die FDP. Ich fände es schön, wenn mir das mal jemand von euch abnehmen könnte und das lesen würde.

(Beifall von den PIRATEN und Wibke Brems [GRÜNE])

Darin sind alle Fragen beantwortet, die Sie in Ihrem Antrag aufwerfen.

Mir bleibt nur zu sagen: Ich finde die Nummer, die Sie hier abziehen, skandalös. Ich finde das unerträglich. Ich habe auf meinem Platz bei dem Vortrag eben fast gekocht. Dass die FDP jetzt die Umweltschutzpartei sein soll, ist mehr als unglaublich, das ist einfach lächerlich.

(Beifall von den PIRATEN und Reiner Priggen [GRÜNE])

Sie müssen mir auch mal erklären, wie Sie begründen, dass Sie hier einen auf Umweltschützer machen wollen. Was wollen Sie denn statt der Windräder haben? Die Braunkohlekraftwerke übers ganze Land verteilen? Wo wollen Sie die denn hinstellen?

(Zurufe von der FDP – Michele Marsching [PIRATEN]: In den Wald! Dafür ist er doch da!)

Sie haben die Naturschutzverbände erwähnt. Ich möchte hier mit einem Zitat von Holger Sticht, Vorsitzender des BUND NRW, schließen.

„Der FDP empfehle ich für die Zukunft, sich vor Erstellung eines solchen Antrags mal mit uns auseinanderzusetzen, dann hätten sie sich diesen peinlichen Fauxpas sparen können.“

(Dr. Joachim Paul [PIRATEN]: Hey, du musst nicht die Partei retten!)

Ich habe dem persönlich fast nichts mehr hinzuzufügen – außer: Roflcopter gtfo. – Vielen Dank.

(Beifall von den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Danke schön, Herr Schmalenbach. – Für die Landesregierung spricht nun Herr Minister Remmel.

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Man ist in einer solchen Debatte ja versucht, mit Sachargumenten zu antworten, aufzuzählen, was man alles erledigt hat, zu erklären, wo die Voraussetzungen gegenüber der Vergangenheit verbessert worden sind, vielleicht auch noch an die Vernunft zu appellieren und das eine oder andere an Überzeugungsarbeit zu leisten.

Ich habe aber den Eindruck, dass es – Ihnen jedenfalls – gar nicht um eine Sachdebatte geht. Ihnen geht es vielmehr darum, Emotionen zu erzeugen und zu befeuern.

(Reiner Priggen [GRÜNE]: Genau so ist es!)

Ihnen geht es darum, aus Beliebigkeit Protest, der an der einen oder anderen Stelle vorhanden und in der Sache vielleicht sogar berechtigt ist, zu bündeln und daraus insgesamt eine Melodie zu machen, nämlich eine Melodie gegen die erneuerbaren Energien und eine Melodie gegen die Energiewende.

(Dr. Joachim Stamp [FDP]: Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist das eigentliche Ziel Ihres Antrags, das Sie heute hier verfolgen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Da frage ich mich natürlich: Warum sagen Sie das dann nicht offen? Warum sprechen Sie das denn nicht aus? Sie haben doch noch vor Kurzem in einer Bundesregierung gesessen, die ein Energiekonzept beschlossen hat, das den Ausbau der Erneuerbaren bis 2020 auf gut 35 % vorgesehen hat. Sie haben in einer Bundesregierung gesessen, die den Atomausstieg beschlossen hat.

Dann müssen Sie doch zumindest heute hier erklären, dass Sie zu diesen Verabredungen, die wir 2011 gemeinsam in Bundesrat und Bundestag beschlossen haben, nicht mehr stehen. Es wäre ehrlich gewesen, zu erklären, dass Sie nicht mehr zu diesen gemeinsamen Zielen stehen, eine umfassende Energiewende in Deutschland einzuleiten, einen entsprechenden Ausbau vorzunehmen und auf erneuerbare Energien zu setzen. Erst dann wird es nämlich logisch.

So mutet Ihr Antrag an wie aus den 80er- oder 90er-Jahren, als die Diskussion doch so einfach war: Der Strom kommt aus der Steckdose. Für den Strom haben wir im Übrigen Atomkraft und große Kraftwerke.

Wenn Sie gegen die Nutzung von Windenergie im Wald in Nordrhein-Westfalen sind, müssen Sie schon erklären, wie denn sonst erneuerbare Energie in Nordrhein-Westfalen erzeugt wird. An welchen Stellen soll das denn sonst erfolgen, wenn die Windräder nicht im Wald stehen sollen? Wie soll es gehen? Dazu haben Sie heute kein Wort verloren.

Wir könnten im sachlichen Diskurs darüber reden, wie wir landesplanerisch die Absicherung verbessern, was die Flächenausweisung von 1,5 oder 1,6 % angeht. Wir könnten darüber reden, ob der Leitfaden zur Windenergie im Wald überarbeitet, ob er an der einen oder anderen Stelle verändert werden muss. Wir könnten darüber reden, ob der Leitfaden zum Artenschutz richtig oder falsch ist.

Darum geht es Ihnen aber gar nicht. Ihnen geht es darum, zu diskreditieren, Protest zu sammeln und daraus möglicherweise eine Bewegung gegen die Erneuerbaren und gegen die Energiewende in Nordrhein-Westfalen, aber auch in der Bundesrepublik insgesamt zu organisieren.

Diese Haltung muss man offenlegen. Da muss man Ihnen wirklich die Maske vom Gesicht reißen und zeigen, dass es Ihnen eigentlich um diese Frage geht – und nicht um die Frage der Abwägung, die jeweils neu zu treffen ist: Werde ich an der einen oder anderen Stelle eine Windenergieanlage zulassen oder nicht?

Sachlich und fachlich sind die Argumente abgewogen. Wir haben gegenüber der Zeit, als Windenergie im Wald in Nordrhein-Westfalen nicht erlaubt war, mit den verschiedenen Erlasslagen und den Hilfestellungen deutliche Veränderungen herbeigeführt. Das werden wir mit den Veränderungen im Landesentwicklungsplan abschließen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Sieveke?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Sehr gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Bitte schön, Herr Kollege Sieveke.

Daniel Sieveke (CDU): Herr Minister, vielen Dank für die Erlaubnis einer Zwischenfrage. – Sie haben gerade gesagt, Sie hätten gerne eine sachliche Diskussion und nicht nur die Bündelung eines Protestes. Wie bewerten Sie es, dass zum Teil vor Ort Vertreterinnen und Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen und SPD als Ratsvertreterinnen und Ratsvertreter die Bürgerinitiativen anführen und gegen die Windenergie vor Ort arbeiten? Das ist jetzt keine provozierende Frage; Sie sprechen ja die inhaltliche Diskussion an. Aber müssen Sie als Ministerium nicht auch darauf

einwirken, die Informationspolitik vor Ort auch in Ihren eigenen Reihen besser zu gestalten?

Johannes Remmel, Minister für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz: Ich komme selber aus einer Region mit über 70 % Waldanteil. Ich biete denjenigen, die noch nicht da waren, gerne an: Kommen Sie nach Siegen-Wittgenstein und lassen Sie uns die Projekte dort anschauen. Sie sind in größtmöglichem Konsens mit den Bürgerinnen und Bürgern und mit fast allen Fraktionen in den dortigen Räten auf den Weg gebracht worden.

Zurzeit finden auch in vielen anderen Räten Diskussionen statt. Ich will gar nicht leugnen, dass es an einer einen oder anderen Stelle aus bestimmten Überlegungen Proteste gibt. Aber wir haben bei Weitem nicht mehr die Situation, die wir beispielsweise Anfang des Jahres 2000 durchgängig im Münsterland hatten. Es gibt eine Veränderung im öffentlichen Meinungsbild und eine Veränderung vor Ort, weil die Notwendigkeit, in erneuerbare Energien zu investieren, in der Breite der Bevölkerung eingesehen wird.

Dabei spielt auch der gute Grund eine Rolle, dass mit erneuerbaren Energien Wertschöpfung in den Regionen verbunden ist und etwas zurückkommt, was weggegangen ist. Das wissen die Menschen vor allem dann, wenn sie beteiligt sind. Und das versuchen wir breit im Land zu organisieren.

Ich leugne also gar nicht, dass es Widerspruch gibt. Mit diesem Widerspruch muss man sich auseinandersetzen. Er ist jeweils spezifisch. Deshalb muss man auch spezifisch auf den Widerspruch eingehen und kann ihn nicht pauschal zur Debatte stellen, wie das der Kollege Busen heute hier getan hat.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, insbesondere liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich möchte an dieser Stelle schon noch etwas grundsätzlicher werden. Wenn wir die Energiewende gemeinsam wollen, dann müssen wir auch die Verantwortung übernehmen, zu sagen, wo sie denn stattfindet. Diese Verantwortung nehmen Sie nicht wahr.

(Beifall von Kai Schmalenbach [PIRATEN])

Sie wollen Freiheit ohne Verantwortung praktizieren. Ein anderer Teil des Parlaments will Freiheit zur Verantwortung. Das ist der Unterschied.

(Beifall von den GRÜNEN und den PIRATEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Remmel. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor, und damit sind wir am Schluss der Aussprache und kommen zur Abstimmung.

(Karlheinz Busen [FDP]: Da ist noch Redezeit übrig! – Karlheinz Busen [FDP] tritt ans Redepult.)

Wollten Sie noch einmal sprechen? Pardon, ich habe Sie zu spät gesehen. Ich muss einmal nachschauen. – Sie haben aber minus 21 Sekunden.

(Heiterkeit)

In diesem Fall kann ich Ihnen das Mikrofon leider nicht öffnen, Herr Kollege, denn Sie haben keine Redezeit mehr; Sie sind schon im Minus. Tut mir leid, aber im neuen Jahr gibt es neue Chancen. Nach Weihnachten geht das politische Jahr weiter.

(Heiterkeit)

Ich sehe auch niemanden, der noch Redezeit abgeben will. Das wäre auch noch schöner. So vorweihnachtlich sind wir auch nicht gestimmt.

Wir gehen jetzt zur Abstimmung über. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrags Drucksache 16/4446** an den **Ausschuss für Klimaschutz, Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft, Verbraucherschutz** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Wirtschaft, Energie, Industrie, Mittelstand und Handwerk**; abschließende Abstimmung im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung. Gibt es da Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Nicht der Fall. Einstimmig so überwiesen.